

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Zur Arbeitssituation an beruflichen Schulen

- forsa-Umfrage

Schöner Beruf schwer gemacht

- Statement der GEW-Landesvorsitzenden

Kita gebührenfrei

- Pro und Contra

Eltern fragen – Michael Rux antwortet

- Eltern unter sich

Über den Tellerrand

- Blick nach Niedersachsen

FridaysForFuture

- Themenblock zur Meinungsbildung

Inhaltsverzeichnis

Zur Arbeitssituation an den beruflichen Schulen forsa-Umfrage des Berufsschullehrerverbands	3	Unsere Forderungen für den Klimaschutz #FridaysForFuture	18
„Schöner Beruf schwer gemacht“ Statement der GEW-Landesvorsitzenden	7	Parents For Future Wer wir sind	20
Jedes Kind hat Anspruch auf kostenfreie Bildung – von Anfang an Pro gebührenfreie Kitas	12	Verantwortungsfreudige Schülerinnen und Schüler – Sind wir erwünscht?	20
Chancengerechtigkeit statt Gießkannenpolitik contra gebührenfreie Kitas	13	Stellungnahme des LEB Baden-Württemberg – zu „Fridays for Future!“	21
JOBwärts für Hauptschüler Schulische Nachbetreuung im ersten Ausbildungsjahr	14	Das Engagement unserer Schüler für den Klimaschutz ernst nehmen Brief der Kultusministerin an die Schulleitungen . . .	22
A(ZU)Bwärts für Realschüler Langzeitpraktika als Klebeeffekt	16	Cartoon zum Schluss	24
Eltern fragen – Michael Rux antwortet Eltern unter sich	17		

Liebe Eltern!

Nun also noch mal ein Editorial, bei dem es zumindest im ersten Teil um *Fridays for Future* geht. Die Klimakatastrophe schreitet weltweit voran. Kinder, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler protestieren in vielen Ländern dieser Erde für den Klimaschutz und für ihre Zukunft auf diesem Planeten. In den USA leugnet der Präsident gänzlich unberührt von Vernunft und völlig uneindruckt von Fakten den Klimawandel – bei uns in Baden-Württemberg überlegt sich eine ganze Reihe von Menschen, wie sie verwaltungstechnisch korrekt mit dem Streik der Schülerinnen und Schüler umgehen sollen. *Difficile est, satiram non scribere* – es ist schwer keine Satire zu schreiben, schrieb Juvenal schon im 1. Jahrhundert. Wohltuend hebt sich von vielen Äußerungen zum Thema Schülerdemos die Pressemitteilung unserer Kultusministerin ab, die wir in diesem Heft ebenso abdrucken wie einen Artikel von *Fridays for Future Deutschland*, eine Stellungnahme des Landeschülerbeirates und eine Stellungnahme des Landeselternbeirates. Die Positionierung der Kultusministerin ist so besonnen, pädagogisch und wohl abgewogen, wie ich mir mehr Äußerungen zu dem Thema wünschen würde – auch von Seiten mancher Schulleitungen. (Kleiner semantischer Hinweis an den einen oder anderen Missversther: Wenn ich „manche“ schreibe, meine ich damit „einige“, nicht notwendigerweise „die Mehrzahl“. Ansonsten halte ich es mit dem Satz: „Getroffene Hunde bellen.“ Auch hier ein semantischer Hinweis: Das ist eine Metapher – es liegt mir fern, Rektoren als Hunde zu bezeichnen – das wäre in mehrfacher Hinsicht zynisch und das will ich wahrlich nicht sein.) Mir liegen mittlerweile auch eine ganze Reihe von kreativen, pädagogischen und klugen Reaktionen aus der Lehrerschaft und von Schulleitungen auf die Schülerdemos vor. Wohltuend viele haben sich mit dem Anliegen der



Dr. Carsten T. Rees,
Vorsitzender des
18. Landeselternbeirates

Schülerinnen und Schüler solidarisiert. An der Schule meiner Tochter z. B. konnten Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler in einer Veranstaltung ihren ökologischen Fußabdruck ermitteln – für viele ein eindrückliches und nachhaltiges Aha-Erlebnis. Versuchen Sie es doch selbst mal, z. B. auf der Seite von *Brot für die Welt* unter <https://www.fussabdruck.de/>

Ein weiteres Thema, das gerade bundesweit wieder hoch kocht, schneiden wir in diesem Heft an: Die frühkindliche Bildung. Die kann man nach Meinung nicht nur des LEB nicht hoch genug gewichten, und Baden-Württemberg hat in der letzten Legislaturperiode unter dem Motto „Auf den Anfang kommt es an“ vieles aufgeholt, was über lange Jahre sträflichst vernachlässigt worden war. Der LEB hat sich auf seiner Mai-Sitzung mit dem „Gute-Kita-Gesetz“ befasst. Wir werden uns wohl mindestens noch einmal damit befassen müssen – noch überwiegen Fragen und Skepsis. Die werden dann ja vielleicht durch ein „Die-Regierung-in-Berlin-ist-einfach-Spitze-Gesetz“ weggewischt.

Und last but not least möchte ich mich bei den beiden Fraktionsvorsitzenden Andreas Stoch und Andreas Schwarz herzlich bedanken für ihre Beiträge zu *PRO und CONTRA Kita gebührenfrei* in dieser Ausgabe von *Schule im Blickpunkt*. Die klaren Positionierungen dieser Beiträge sind ein wichtiger Beitrag zur Information und Positionierung der Elternschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten T. Rees

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees (ctr) – Redaktionsleitung: Joachim Dufner (jd), Am Feuerbach 13, 77654 Offenburg, Mitarbeiterin: Carmen Haaf (ch). – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,- zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an den Koordinator. Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter www.neckar-verlag.de einsehen.

Jedes Kind hat Anspruch auf kostenfreie Bildung – von Anfang an pro gebührenfreie Kitas

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Baden-Württemberg ist klar: Jedes Kind hat Anspruch auf kostenfreie Bildung. Und zwar von Anfang an. Die grün-schwarze Koalition im Land spielt seit Jahren die Schaffung von Kita-Plätzen, Qualitätsverbesserungen und Gebührenfreiheit gegeneinander aus – dabei haben andere Bundesländer längst den Einstieg in die Gebührenfreiheit geschafft.

Fünf gute Gründe für Gebührenfreiheit

Wir haben fünf gute Gründe, die für gebührenfreie Kitas sprechen: Es geht darum, Familien zu entlasten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, mehr Bildungsgerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen – und nicht zuletzt Kinderarmut zu bekämpfen, die es leider auch bei uns in Baden-Württemberg gibt. Im Einzelnen lauten unsere Argumente wie folgt:

1. Familien entlasten: Der Besuch einer Kindertagesstätte und die Betreuung in der Kindertagespflege kosten Familien oft mehrere hundert Euro pro Monat. Durch die Abschaffung dieser Gebühren werden Familien effektiv finanziell entlastet.
2. Mehr Bildungsgerechtigkeit: Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungsbiografie wird bereits im Kindesalter gelegt. Daher sollte jedes Kind von Beginn an die bestmögliche Förderung erhalten, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.
3. Kinderarmut bekämpfen: Einkommensschwache Familien sind trotz sozialer Staffelung von Kita-Gebühren überdurchschnittlich hoch belastet. Fallen die Beiträge weg, fördert dies die gesellschaftliche Teilhabe und die Bildungschancen von allen Kindern ganz ohne Stigmatisierung.
4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Eltern sollten nicht arbeiten müssen, nur um die Betreuungskosten für ihre Kinder bezahlen zu können. Ein qualitativvolles und gebührenfreies Betreuungsangebot soll die Berufstätigkeit, insbesondere von Frauen, ermöglichen.
5. Gleiche Lebensverhältnisse sicherstellen: Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob der Besuch einer Kita mehrere hundert Euro kostet oder nicht. Durch die Unterstützung des Landes wird es auch kleineren und finanzschwachen Kommunen möglich, beitragsfreie Kinderbetreuung zu gewähren. Zwölf von 16 Bundesländern haben bereits landesweite Regelungen zur Gebührenfreiheit.

Grundbetreuung gesichert

Nach unserem vorliegenden Gesetzentwurf würde das Land die Gemeinden und die weiteren Träger vor Ort beim Erlass von Elternbeiträgen entlasten – und zwar kostendeckend. Dies gilt von der Geburt bis zur Einschulung des Kindes im Umfang von bis zu 35 Wochenstunden. Diese so genannte Grundbetreuung umfasst Kindergärten für die unter Dreijährigen, die Kitas für Kinder über drei Jahren sowie auch die Kindertagespflege.

Das Kultusministerium selbst geht von Kosten in Höhe von insgesamt rund 529 Millionen Euro jährlich aus, die nach unserer festen Überzeugung durch Landesmittel geschultert werden könnten.

Kleine und mittlere Einkommen profitieren

Nochmals: Uns geht es um eine generelle Entlastung von Familien für breitere Teile in der Gesellschaft. Entscheidend ist, dass von der Gebührenbefreiung vor allem kleine und mittlere Einkommen profitieren, weil gerade diese von Kitagebühren belastet werden – und dies gilt selbst bei einer sozialen Staffelung, wie sie plötzlich vollmundig von den Grünen eingefordert wird.

Wenn wir Kinder als unsere Zukunft wollen und brauchen, dann dürfen wir junge Eltern nicht mit einer Familiensteuer belasten, als die die Kitagebühren nunmal wirken. Es ist nur konsequent, wenn die Aufwendungen für Kindergärten und Kitas (wie bei

den Schulen auch) aus dem allgemeinen Steueraufkommen beglichen werden. Denn die Steuern werden ja nach Leistungsfähigkeit bezahlt.

Im Übrigen verzichten viele Kommunen auch deshalb auf eine soziale Staffelung, weil dies zum einen höheren Verwaltungsaufwand und damit wiederum mehr Finanzbedarf bedeutet – und zum anderen eben eine gewisse stigmatisierende Wirkung innerhalb der Elternschaft befürchtet wird. Man muss die Dinge einfach zu Ende denken: Jedes Kind ist gleich viel wert!



Andreas Stoch MdL

Zurückweisung des Volksbegehrens ist billiges Taktieren

Die Zurückweisung unseres zu Jahresanfang eingereichten Volksbegehrens für gebührenfreie Kitas durch die Landesregierung kritisieren wir in aller Deutlichkeit. Bei der Nichtzulassung dieses ersten Volksbegehrens nach der Änderung der Landesverfassung geht es nämlich nicht um irgendeine rechtliche Entscheidung des Innenministeriums, sondern um billiges politisches Taktieren an der Regierungsspitze.

Die juristische Argumentation der Landesregierung geht an der Sache vorbei und ist in sich widersprüchlich – insbesondere, was die Bedeutung von finanzwirksamen Auswirkungen im Rahmen von Volksbegehren betrifft. Mit einer solchen Abwehrhaltung wird niemals ein Volksbegehren in Baden-Württemberg stattfinden. Deshalb haben wir gegen diese rechtliche Ablehnung auch Klage beim Verfassungsgerichtshof eingelegt. Wir sind überzeugt: Wir haben sehr gute Argumente auf unserer Seite – eben nicht nur politisch, sondern auch juristisch.

Frühkindliche Bildung vorangetrieben

Wir als SPD haben die frühkindliche Bildung in Baden-Württemberg schon in unserer Regierungszeit von 2011 bis 2016 erfolgreich vorangetrieben. Wir werden uns jetzt auf unserem Weg nicht ausbremsen lassen. Derzeit sind wir dabei, ein breites gesellschaftliches Bündnis im Land mit Gewerkschaften, Verbänden und Organisationen für gebührenfreie Kitas zu schmieden. Sollten wir mit unserem Volksbegehren je rechtlich scheitern, dann werden wir die Landtagswahl 2021 zur großen politischen Volksabstimmung über Gebührenfreiheit machen.



Andreas Stoch MdL,
Landes- und Fraktionsvorsitzender
der SPD Baden-Württemberg
sowie ehemaliger Kultusminister

Chancengerechtigkeit statt Gießkannenpolitik

contra gebührenfreie Kitas

Als Fraktion GRÜNE haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, die Qualität frühkindlicher Bildung in Baden-Württemberg konsequent zu stärken und weiterzuentwickeln. Diese Politik ist erfolgreich: Wir haben in Baden-Württemberg inzwischen sowohl bei den Krippen als auch bei den Kindergärten den besten pädagogischen Personalschlüssel bundesweit. Trotzdem bleibt viel zu tun.

Die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Plätzen in Kindertageseinrichtungen ist enorm. Der Ausbau muss weitergehen. Wir wollen noch mehr tun. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen. Unser Ziel ist es, dass wir ausreichend Plätze mit optimalen Lern- und Förderbedingungen schaffen und so den Eltern im Land den Rücken frei halten im schwierigen Spagat zwischen Familie und Beruf.

In Deutschland fehlen laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft mindestens 300.000 Kita-Plätze, jedes zehnte Kind bekommt keinen Platz. Eltern stehen untereinander im Wettbewerb. In Berlin sind alle Kitaplätze kostenlos. Aber der Mangel ist massiv. Tausende Familien stehen ohne Plätze da. An vielen Orten ist das Kind, das sie anmelden wollten, noch gar nicht geboren. Das Warten auf die Zuzug- oder Absage strapaziert die Nerven und legt gerade Frauen auf dem ohnehin nicht immer einfachen Weg zum Wiedereinstieg in den Job nach der Babypause unnötig Steine in den Weg. Kurzum: Ein kostenloser Kitaplatz hilft denen nicht, die keinen Platz finden.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, für einheitliche Qualitätsstandards und Chancengleichheit zu sorgen. Gebührenfreiheit bleibt ungerecht und ein hohles Versprechen, solange Eltern um Kita-Plätze konkurrieren und Fachkräfte fehlen! Die Suche nach dem Krippen- oder Kitaplatz darf kein Lotteriespiel sein. Die Antwort muss sein: Ein Kitaplatz mit Qualität für alle statt kostenloser Mangelwirtschaft!

Unser Ansatz lautet daher: Personal gewinnen, gut bezahlen, Ausbildungskapazitäten hochfahren. Denn eine generelle Gebührenfreiheit schwächt auch die Erzieher*innen. Sie entzieht den Kitas wichtige Mittel, die für Aus- und Fortbildung und Maßnahmen wie die Leitungsfreistellung dringend gebraucht werden. Mit dem Pakt für gute Bildung und Betreuung haben wir die Weichen für eine Fachkräfteoffensive gelegt. Wir wollen das Modell der Praxisintegrierten Erzieherausbildung (PIA) stärken. Dieser „duale Weg“ in den Erzieherberuf hat sich als ein gutes Instrument der Fachkräftegewinnung bewährt.

Außerdem wollen wir mit einem Mix aus Maßnahmen das Angebot stärken: Wir brauchen zum Beispiel bedarfsgerechte Öffnungszeiten und mehr Ganztagesplätze. Auch eine schnelle, gerechte und effiziente Verteilung von Betreuungsplätzen etwa über ein zentrales Vergabesystem in den Städten muss her!

Wer Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle Kinder sichern will, muss Kinder früh fördern. Kitas sind keine Betreuungsstätten, sondern Bildungsorte. Dieser Verantwortung werden wir nur mit noch besseren Betreuungsschlüsseln, qualifizierter Sprachförderung, intensiver Aus- und Weiterbildung und fairen Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erziehern gerecht.

Das alles gibt es nicht zum Nulltarif!

Qualität und Gerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung schaffen wir nur, wenn wir jedem Kind einen hochwertigen Kita-Platz anbieten können und gleichzeitig gezielt Familien mit geringem Einkommen entlasten. Deshalb setzen wir uns für sozial gestaffelte Kita-Gebühren ein. Es ist weder gerecht noch solidarisch, wenn ein Doppelgutverdienerpärchen aus der mittleren Führungsebene auf einen kostenlosen Kitaplatz zurückgreifen kann – die alleinerziehende Krankenpflegerin für ihre beiden Kinder aber gar keinen Platz mit ausreichender Betreuungszeit findet.

Wir sind der Meinung: Gebührenfreiheit muss es ganz gezielt für Familien mit schmalen Geldbeutel geben. Solidarisch und gerecht ist es, wenn starke Schultern mehr tragen als schwache und so die Qualität für alle schneller steigt. Denn gerade finanziell schwache Familien sind dringend auf einen qualitativ hochwertigen Kita-Platz angewiesen.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass flächendeckend eine Gebührenermäßigung nach Kinderzahl und eine klare soziale Gebührenstaffelung entsprechend des Einkommens vorgenommen wird.

Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass flächendeckend eine Gebührenermäßigung nach Kinderzahl und eine klare soziale Gebührenstaffelung entsprechend des Einkommens vorgenommen wird.

Uns geht es darum, allen Kindern unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund gute Startchancen zu ermöglichen. Die Bundesmittel nach dem Gute-Kita-Gesetz nutzen wir, um diese Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung umzusetzen, insbesondere auch, um einen Einstieg in eine einheitliche Regelung für die Gewährung von Leitungszeit zu ermöglichen. Denn nur wenn auch Zeit für pädagogische und konzeptionelle Arbeit bleibt, kriegen unsere Kitas die Qualität, die wir für unsere Kinder wollen.

Die SPD-Forderung nach einer generellen Gebührenfreiheit ist nichts anderes als Politik nach dem Gießkannenprinzip. Das ist unsozial und bremst die Qualitätsentwicklung aus. Wir setzen auf zielgerichtete Investitionen und eine solidarische Finanzierung – damit jedes Kind einen qualitativ hochwertigen Kita-Platz auch wirklich bekommt.



Andreas Schwarz MdL



Andreas Schwarz MdL
Vorsitzender Fraktion GRÜNE
im Landtag Baden-Württemberg

Der 18. Landeselternbeirat

Geschäftsstelle des LEB

Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, Mail: info@leb-bw.de

**Geschäftsführender
Vorstand:**

Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Stellv. Vorsitzende: Matthias Fiola, Petra Rietzler, Friedrich-Wilhelm Behrens
Kassenwart: Dr. Matthias Zimmermann
Stellv. Kassenwartin: Sigrid Maichle
Schriftführerin: Carmen Haaf

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
Grundschule	Sandra Hans Mail: hans@leb-bw.de	Katrin Ballhaus Mail: ballhaus@leb-bw.de	Doreen Halm Mail: halm@leb-bw.de	Marc Scheerle Mail: scheerle@leb-bw.de
Gemeinschafts- schule	Petra Rietzler Mail: rietzler@leb-bw.de	Nicole Nicklis Mail: nicklis@leb-bw.de	Ulrich Kuppinger Mail: kuppinger@leb-bw.de	Sabine Buchmann-Mayer Mail: buchmann-mayer@leb-bw.de
Werkrealschule/ Hauptschule	Gabriele Hils Mail: hils@leb-bw.de	Mathias Fey Mail: fey@leb-bw.de	nicht besetzt	Norbert Hölle Mail: hoelle@leb-bw.de
Realschule	Jutta Luem-Eigenmann Mail: luem-eigenmann@leb-bw.de	Carmen Haaf Mail: haaf@leb-bw.de	Manuela Afolabi Mail: afolabi@leb-bw.de	Dieter Schmoll Mail: schmoll@leb-bw.de
Gymnasium	Dr. Carsten Thomas Rees Mail: rees@leb-bw.de	Dr. Matthias Zimmermann Mail: zimmermann@leb-bw.de	Anja Wild Mail: wild@leb-bw.de	Stephan Ertle Mail: ertle@leb-bw.de
Sonderpäd. Bil- dungs- und Bera- tungszentren	Friedrich-Wilhelm Behrens Mail: behrens@leb-bw.de	Natali Mayer Mail: mayer@leb-bw.de	Nancy Ohlhausen Mail: ohlhausen@leb-bw.de	nicht besetzt
Berufsschule	Heike Stöckmeyer Mail: stoeckmeyer@leb-bw.de	Michael Th. Schäfer Mail: schaefer@leb-bw.de	Dunja Recht Mail: recht@leb-bw.de	Matthias Fiola Mail: fiola@leb-bw.de
Berufliches Gymnasium	Joachim Dufner Mail: dufner@leb-bw.de	Daniel Kappius-Kralik Mail: kappius-kralik@leb-bw.de	Sabine Wassmer Mail: wassmer@leb-bw.de	Sigrid Maichle Mail: maichle@leb-bw.de
Schulen in freier Trägerschaft	Astrid Egerer Mail: egerer@leb-bw.de			

Cartoon zum Schluss



Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 12,-



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen, Einblicke in diverse schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** als Schule oder Elternbeirat für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.

[Bestellcoupon ausfüllen und senden an:](#)

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen
Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 12,-
___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt
• erscheint sechsmal jährlich
• 1. Ausgabe eines Jahrganges
erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 12,-
Einzelpreis € 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift _____
Kd.-Nr.: _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift _____

Widerrufsrecht bei Bestellungen: 14 Tage. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).
Datenschutz: Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren.
Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter www.neckar-verlag.de.